



LANDRATSAMT
PASSAU

Landratsamt | Postfach 1972 | 94009 Passau

Gegen Empfangsbekenntnis

Passau, 09.03.2026

Markt
Tittling
Marktplatz 10
94104 Tittling

Bearbeiter/in : Herr Reiss
Abt./Sg. : 53-Wasserrecht
Telefon : 0851/397-5393
Telefax : 0851/397 90 393
Zimmer : 3.11
E-mail : leo.reiss@landkreis-
passau.de

Gz. – Bitte bei Rückantwort angeben:

53.0.03-641.23-52002

Vollzug der Wassergesetze;
Einleiten von Niederschlagswasser aus dem WA Eichenfeld, WA Preming-Nord-Ost, EDEKA-Markt, nordwestliche Erweiterungsfläche und WA Preming-Waldweg über ein Regenrückhaltebecken in einen namenlosen Graben zum Dettenbach durch den Markt Tittling

Anlagen: 1 Geheft Planunterlagen
1 Kostenrechnung
1 Formblatt „Empfangsbekenntnis“ g. R.

Das Landratsamt Passau erlässt folgenden

B E S C H E I D :

1. GEHOBENE ERLAUBNIS

1.1 Gegenstand der Erlaubnis, Zweck und Plan der Gewässerbenutzung

1.1.1 Gegenstand der Erlaubnis

Dem Markt Tittling, Marktplatz 10, 94104 Tittling - im Folgenden Betreiber genannt – wird bis auf Widerruf die gehobene Erlaubnis nach § 15 WHG zur Benutzung eines namenlosen Grabens zum Dettenbach, Gewässer III. Ordnung, durch Einleiten von gesammeltem Oberflächen- und Niederschlagswasser erteilt.

1.1.2 Zweck der Benutzung

Die erlaubte Gewässerbenutzung dient der Beseitigung und gedrosselten Ableitung des Oberflächen- und Niederschlagswassers aus dem Bereich „WA Eichenfeld“, „WA Preming Nord-Ost“, „EDEKA-Markt“, „Nordwestliche Erweiterung“ sowie „WA Preming-Waldweg“ des Marktes Tittling



Dienstgebäude

Domplatz 11
94032 Passau

Vermittlung +49 851 397-1

Telefax +49 851 2894

<http://www.landkreis-passau.de>

E-mail

poststelle@landkreis-passau.de

(nicht für rechtswirksame Erklärungen und Rechtsbehelfe)

Öffnungszeiten

Persönliche Vorsprache nur nach vorheriger Terminvereinbarung

Telefonische Erreichbarkeit zu folgenden Zeiten:

Mo – Fr 07:30 – 12:00 Uhr

Mo – Do 13:00 – 16:00 Uhr

Bankverbindungen

Sparkasse Passau

IBAN: DE86 7405 0000 0000 0000 67

BIC: BYLADEM1PAS

Postbank München

IBAN: DE11 7001 0080 0022 4648 06

BIC: PBNKDEFF



1.1.3 Plan

Der Benutzung liegen die folgenden Unterlagen und Pläne vom 22.05.2025, gefertigt vom Ingenieurbüro Pichlmeier, Venusberg 9, 94481 Grafenau, nach Maßgabe der vom Wasserwirtschaftsamt Deggendorf durch Roteintragung vorgenommenen Änderungen und Ergänzungen zu Grunde:

Plan / Unterlage	Nummer	Datum
Erläuterungsbericht	Anlage 1	22.05.2025
Übersichtslageplan, M = 1:25.000	Anlage 2	-
Lageplan Einzugsgebiete, M = 1:1.000	Anlage 3	10.04./20.05.2025
Lageplan Teilfläche A1, M = 1:500	Anlage 4	10.04./20.05.2025
Lageplan Teilfläche A2, M = 1:500	Anlage 5	10.04./20.05.2025
Lageplan Teilfläche A3, M = 1:500	Anlage 6	10.04./20.05.2025
Lageplan Teilfläche A4, M = 1:500	Anlage 7	10.04./20.05.2025
Lageplan Teilfläche A5, M = 1:500	Anlage 8	10.04./20.05.2025
Lageplan Teilfläche A6, M = 1:500	Anlage 9	10.04./20.05.2025
Lageplan Rückhalteweicher, M = 1:250	Anlage 10	17.05./20.05.2025
Drosselbauwerk, M = 1:50	Anlage 11	20.05.2025
Hydrotechnische Berechnungen	Anlage 12	22.05.2025
Systemskizze SediPipe, M = 1:50	Anlage 13	10.04./20.05.2025
Bauwerks-, Einleitungs- und Grundstücksverzeichnis	Anlage 14	22.05.2025

Die Planunterlagen sind mit dem Prüfvermerk des Wasserwirtschaftsamtes Deggendorf vom 03.03.2026 und dem Genehmigungsvermerk des Landratsamtes Passau vom 09.03.2026 versehen.

Danach wird eingeleitet:

- Niederschlagswasser aus folgenden Regenwasserkanälen:

Bezeichnung der Einleitung	Gmkg.	Flur-Nr.	Benutztes Gewässer
E1 Eichenfeld	Tittling	3667	Namenloser Graben zum Dettenbach

1.1.4 Beschreibung der Anlage unter Berücksichtigung der Prüfbemerkungen/Bauwerksverzeichnis

Die Abwasseranlage besteht im Wesentlichen aus einem Kanalnetz im Trennverfahren mit folgenden Kenndaten:

- Regenwasserkanäle ($A_u = 3,19$ ha)
- Regenwasserbehandlungsanlage (SediPipe 800/16, Fa. Fränkische Rohrwerke)
- Regenrückhaltebecken (offen, in Erdbauweise), $V_{ges} = 1612$ m³, $Q_{dr, max} = 16$ l/s
- 1 Einleitungsstelle

Standort RRB: Flur-Nr. 2877/7, Gmkg. Tittling

1.2 Dauer der Erlaubnis

Die Erlaubnis endet am 31.12.2045.

1.3 **Inhalts- und Nebenbestimmungen**

Für die Errichtung und den Betrieb der Anlage sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes und des Bayerischen Wassergesetzes mit den dazu ergangenen Verordnungen maßgebend. Die hiernach bestehenden Rechte, Verpflichtungen und Vorbehalte sind in den folgenden Inhalts- und Nebenbestimmungen grundsätzlich nicht enthalten.

1.3.1 **Umfang der erlaubten Benutzung für das Einleiten von Niederschlagswasser**

Es wird das gesammelte Niederschlagswasser von einer undurchlässig befestigten (abflusswirksamen) Fläche von 3,19 ha eingeleitet.

Aus der zulässigen hydraulischen Gewässerbelastung an den Einleitungsstellen ergeben sich folgende Anforderungen:

Bezeichnung der Einleitung/Art des Bauwerks	Angeschlossene undurchlässige Fläche A_u (ha)	Zulässiger Drosselabfluss in das Gewässer Q_{dr} (l/s)	Mindestens erforderliches Retentionsvolumen (m^3)	Überschreitungshäufigkeit für Bemessungsglastfall (1/a)
RRB Eichenfeld	3,19	16	1316	0,5

Eine Überschreitung des Maximalabflusses ist bei bestimmten örtlichen Verhältnissen bzw. Regenereignissen möglich.

1.3.2 **Anforderungen an das Einleiten von Niederschlagswasser/Niederschlagswasserbehandlung**

1.3.2.1 Aus der zulässigen qualitativen Gewässerbelastung an der Einleitungsstelle ergeben sich folgende Anforderungen:

Bezeichnung der Einleitung/Art des Bauwerks	Mindestens erforderliche Niederschlagswasserbehandlung
Regenwasserbehandlungsanlage Eichenfeld Typ: SediPipe 800/16, Fa. Fränkische Rohrwerke	Erforderlicher Wirkungsgrad 19,83 % (nach DWA-A 102)

1.3.2.2 Das Abwasser ist von jeder vermeidbaren Verschmutzung freizuhalten und darf keine für das Auge wahrnehmbare Schwimmstoffe und Ölschlieren aufweisen. In die Rohrleitungen darf nur Oberflächen- und Niederschlagswasser eingeleitet werden.

1.3.2.3 Unbeschichtete Dachflächen mit einer Kupfer-, Zink-, oder Bleiblechfläche über 50 m² dürfen nur an die Entwässerungsanlage angeschlossen werden, wenn zur Vorreinigung des Niederschlagswassers Anlagen verwendet werden, die der Bauart nach zugelassen sind.

1.3.2.4 Es darf nur Regenwasser von Flächen abgeleitet werden, die eine geringe Flächenverschmutzung aufweisen, wie Dachflächen, Hof- und Verkehrsflächen in Wohngebieten sowie PKW-Parkplätzen mit geringer Frequentierung. Regenwasser von stärker verschmutzten Flächen bedarf der vorherigen Behandlung nach den jeweils gültigen technischen Richtlinien.

1.3.3 **Bauausführung**

1.3.3.1 Die Durchführung der Maßnahme hat entsprechend der vorgelegten Pläne unter Berücksichtigung der Roteintragungen und den geltenden Vorschriften sowie allgemein anerkannten Regeln der Technik zu erfolgen.

- 1.3.3.2** Das erforderliche Rückhaltevolumen ist dauerhaft sicher zu stellen. Auf eine ausreichende Standsicherheit der Böschungen und Dämme ist zu achten. Ggf. vorhandene Schlammablagerungen im Regenrückhaltebecken sind zu beseitigen.
- 1.3.3.3** Die Ablaufdrossel im Drosselbauwerk des RRB ist auf einen **maximalen Abfluss von 16 l/s bei Vollstau** einzustellen und durch eine geeignete Einrichtung vor Verklauung zu schützen ($\triangle \sim 5$ cm Öffnungshöhe Schieber DN 100).
- 1.3.3.4** Überschüssiges Erdmaterial ist außerhalb von Überschwemmungsgebieten zu verbringen; Bauschutt ist ordnungsgemäß zu entsorgen.
- 1.3.3.5** Es dürfen nur Materialien und Baustoffe verwendet werden, insbesondere für erdbehrte und im Freien befindlichen Bauteile, die keine wassergefährdenden und/oder auslaugbaren Stoffe enthalten.
- 1.3.3.6** Während der Bauzeit ist darauf zu achten, dass wassergefährdende Stoffe (auch Bauteile, Abfälle o. ä.) so gelagert werden, dass sie nicht in den Vorfluter gelangen können, dies gilt insbesondere für Betonschlempe.
- 1.3.3.7** Der vorhandene Bewuchs im Bereich des Gewässers ist bei der Durchführung der Baumaßnahme nach Möglichkeit zu schonen und soll weitgehend erhalten werden. Bei der Bauausführung ggf. entfernter Bewuchs ist durch Neuanpflanzung zu ersetzen.
- 1.3.3.8** Der schadlose Hochwasserabfluss muss stets gewährleistet sein.
- 1.3.3.9** Sämtliche wasserwirtschaftliche Maßnahmen sind im Einvernehmen mit dem Wasserwirtschaftsamt Deggendorf auszuführen.
- 1.3.4. Bestandspläne**
Der Betreiber ist verpflichtet, innerhalb von 3 Monaten nach Inbetriebnahme dem Wasserwirtschaftsamt zwei Fertigungen, davon eine Fertigung im pdf-Format und der Kreisverwaltungsbehörde eine Fertigung der Bestandspläne zu übergeben.
- 1.3.5 Betrieb und Unterhaltung, Betriebsvorschrift, Eigenüberwachung**
Für den Betrieb, die Überwachung und die Unterhaltung der Anlage ist ausgebildetes und zuverlässiges Personal in ausreichender Zahl einzusetzen.
Für den Betrieb, die Überwachung und die Unterhaltung der Anlage ist ausgebildetes und zuverlässiges Personal in ausreichender Zahl einzusetzen.

Das Entwässerungsnetz ist mindestens einmal jährlich und die dazugehörigen Sonderbauwerke einschließlich der Ablaufeinrichtung (Drossel), des Notüberlaufs und des Dammes sind mindestens einmal im Monat auf Bauzustand, Betriebssicherheit und Funktionsfähigkeit durchzusehen (einfache Sichtprüfung) und durch entsprechende Aufzeichnungen zu dokumentieren. Die Aufzeichnungen sind auf Verlangen dem Wasserwirtschaftsamt vorzulegen.

Das Entwässerungsnetz ist mindestens einmal jährlich und die dazugehörigen Sonderbauwerke einschließlich der Ablaufeinrichtung (Drossel), des Notüberlaufs und des Dammes sind mindestens einmal im Monat auf Bauzustand, Betriebssicherheit und Funktionsfähigkeit durchzusehen (einfache Sichtprüfung) und durch entsprechende Aufzeichnungen zu dokumentieren. Die Aufzeichnungen sind auf Verlangen dem Wasserwirtschaftsamt vorzulegen.

Der Betreiber hat dafür zu sorgen, dass die Rückhalteeinrichtungen regelmäßig und insbesondere bei und nach Starkniederschlägen auf ihre Funktionstüchtigkeit und Sicherfähigkeit überprüft werden.

Für den Unterhalt der Behandlungsanlage sind die Vorgaben des Herstellers zu beachten.

Der Betreiber muss eine Dienstanweisung und eine Betriebsanweisung ausarbeiten und regelmäßig aktualisieren. Dienst- und Betriebsanweisungen sind für das Betriebspersonal zugänglich an geeigneter Stelle auszulegen und der Kreisverwaltungsbehörde sowie dem Wasserwirtschaftsamt vorzulegen. Wesentliche Änderungen sind mitzuteilen.

Die Dienstanweisung regelt den Dienstbetrieb und muss Einzelheiten zu Organisation, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der Mitarbeiter enthalten. Des Weiteren sind darin Regelungen zum Verhalten im Betrieb zur Vermeidung von Unfall- und Gesundheitsgefahren zu treffen.

In den Betriebsanweisungen müssen Vorgaben zur Durchführung des regelmäßigen Betriebs mit Wartung und Unterhaltung sowie zur Bewältigung besonderer Betriebszustände enthalten sein. Dazu gehören u. a. Alarm- und Benachrichtigungspläne für den Fall von Betriebsstörungen. Der Mindestumfang nach den einschlägigen technischen Regeln ist zu beachten:

Für Anlagen der zentralen Niederschlagswasserbewirtschaftung: Arbeitsblatt DWA-A 166, Bauwerke der zentralen Regenwasserbehandlung und -rückhaltung. Konstruktive Gestaltung und Ausrüstung und Merkblatt DWA-M 176, Hinweise zur konstruktiven Gestaltung und Ausrüstung von Bauwerken der zentralen Regenwasserbehandlung (November 2013)

Für Versickerungsanlagen: Arbeitsblatt DWA-A 138, Planung, Bau und Betrieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser (April 2005)

Für Anlagen der Straßenentwässerung außerorts: „Hinweise zur Kontrolle und Wartung von Entwässerungseinrichtungen an Außerortsstraßen“ (Stand: 2011; Herausgeber: FGSV)

1.3.6 Anzeige- und Informationspflichten

Wesentliche Änderungen gegenüber den Antragsunterlagen bezüglich der Menge und Beschaffenheit des anfallenden Abwassers, Änderungen der baulichen Anlagen sowie der Betriebs- und Verfahrensweise der Abwasseranlagen, soweit sie sich auf die Ablaufqualität auswirken können, sind unverzüglich der Kreisverwaltungsbehörde und dem Wasserwirtschaftsamt anzuzeigen. Außerdem ist rechtzeitig eine hierzu erforderliche bau- bzw. wasserrechtliche Genehmigung bzw. Erlaubnis mit den entsprechenden Unterlagen zu beantragen.

Baubeginn und -vollendung sind der Kreisverwaltungsbehörde und dem Wasserwirtschaftsamt rechtzeitig anzuzeigen. Wird die Anlage in mehreren Bauabschnitten ausgeführt, so sind Beginn und Vollendung jedes Bauabschnittes anzuzeigen.

1.3.7 Bauabnahme

Spätestens drei Monate nach Fertigstellung/Inbetriebnahme ist gemäß Art. 61 BayWG der Kreisverwaltungsbehörde eine Bestätigung eines privaten Sachverständigen in der Wasserwirtschaft vorzulegen, aus der hervorgeht, dass die Baumaßnahmen entsprechend dem Bescheid ausgeführt oder welche Abweichungen von der zugelassenen Bauausführung vorgenommen worden sind. **Dazu gehört insbesondere auch eine**

Bestätigung, dass der Drosselabfluss und das Speichervolumen den der Bemessung bzw. dem Bescheid zugrundeliegenden Werten entsprechen.

Zur Bauabnahme müssen Bestandspläne der Abwasseranlage vorliegen.

Die Bauabnahmebestätigung ist von einem privaten Sachverständigen mit entsprechendem **Anerkennungsbereich für Niederschlagswasser (BAN-AA/NW)** durchzuführen.

1.3.8 Unterhaltung des Gewässers

Der Betreiber hat die Auslaufbauwerke sowie das Gewässer im Bereich der Einleitungsstelle im Einvernehmen mit dem Wasserwirtschaftsamt Deggendorf und dem ansonsten Unterhaltsverpflichteten zu sichern und zu unterhalten.

Darüber hinaus hat der Betreiber nach Maßgabe der jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen alle Mehrkosten zu tragen, die beim Ausbau oder bei der Unterhaltung des benutzten Gewässers aus der Abwasseranlage mittelbar oder unmittelbar entstehen.

1.3.9 Naturschutz/Fischerei

1. Sollten durch die Einleitungen Schäden am Gewässer durch hydraulische Einwirkungen oder durch Auflandung von Absetzstoffen entstehen, so ist eine weitergehende Regenrückhaltung und Abwasserreinigung durchzuführen.
2. Gehölzfällungen sind nur außerhalb der Vogelbrutzeit, d.h. zwischen 01. Oktober und dem letzten Februartag, zulässig.
3. Das Ausbaggern des Gewässers ist nur außerhalb der Laichzeit und der Überwintungszeit von Amphibien d.h. nur zwischen 01. Juni und 30. September zulässig.
4. Sollten auch außerhalb der Laichzeiten Amphibien im Baufeld vorgefunden werden, sind diese schonend zu bergen und im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde – Landratsamt Passau in ein ortsnahes, geeignetes Ersatzlaichgewässer umzusiedeln.
5. Abweichend von Punkt 3. kann unter Vorlage von Fotobeweisen, dass in der Laichzeit auch nach Regenereignissen keine Laichgewässer vorhanden sind, im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde – Landratsamt Passau von der Bauzeitenbeschränkung während der Laichzeit (März bis Mai) abgesehen werden.
6. Abweichend von Punkt 3 kann ein Ausbaggern des Gewässers während der Laichzeit (März bis Mai) stattfinden, sofern in Abstimmung mit einer dafür qualifizierten Fachkraft geeignete Artenschutzrechtliche Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen erarbeitet und vor dem Eingriff in funktionsfähiger Weise umgesetzt werden. Das Vorgehen ist einvernehmlich mit der unteren Naturschutzbehörde – Landratsamt Passau abzustimmen.
7. Der Bereich der Einleitungsbauwerke ist naturnah und fischfreundlich zu gestalten. Wenn aus wasserwirtschaftlicher Sicht eine Sohl- und/oder Ufersicherung erforderlich wird, ist diese in ingenieur-biologischer Bauweise zu verwirklichen. Eine Pflasterung des Gewässerbettes bzw. der Ufer ist nicht zulässig.
8. Jede Maßnahme, bei der mit erhöhter Belastung des Gewässers gerechnet werden muss, ist mindestens 14 Tage vorher den betroffenen Fischereiberechtigten anzuzeigen. Eine nachträgliche Verständigung ist nur in Notfällen zulässig.
9. Unterhaltungsmaßnahmen am Vorfluter (z.B. Räumung, Entkrautung, etc) sind dem Fischereiberechtigten rechtzeitig (mindestens zwei Monate vor Beginn der Unterhaltungsmaßnahme) schriftlich mitzuteilen.

1.3.10 Weitere Auflagen

Weitere Auflagen, die sich im öffentlichen Interesse als notwendig erweisen sollten, bleiben vorbehalten.

2. ENTSCHEIDUNG ÜBER EINWENDUNGEN

-

3. K O S T E N

- 3.1** Für diese Entscheidung werden Kosten in Form von Gebühren und Auslagen erhoben.
- 3.2** Die Kosten für diesen Bescheid trägt der Markt Tittling als Antragsteller
- 3.3** Für diesen Bescheid wird eine Gebühr in Höhe von 600,00 € (i. W.: sechshundert) festgesetzt.
- 3.4** Auslagen werden erhoben in Höhe von 1008,00 € (i. W.: eintausendundacht) .

BEGRÜNDUNG:

1. S A C H V E R H A L T

1.1 Unternehmen/ Art der Gewässerbenutzung

1.1.1 Antragstellung

Der Markt Tittling, Marktplatz 10, 94104 Tittling - im Folgenden Betreiber genannt – hat mit Schreiben vom 18.06.2025 die Erteilung einer gehobenen Erlaubnis nach § 15 WHG für das das Einleiten von Niederschlagswasser (Abwasser) in einen namenlosen Graben zum Dettenbach Bach, Gewässer III. Ordnung, beantragt.

1.1.2 Art der Gewässerbenutzung

Mit den geplanten Vorhaben sollen folgende Gewässerbenutzungen ausgeübt werden:

- Einleiten von Niederschlagswasser aus dem WA Eichenfeld, WA Preming-Nord-Ost, EDEKA-Markt, nordwestliche Erweiterungsfläche und WA Preming-Waldweg über ein Regenrückhaltebecken in einen namenlosen Graben zum Dettenbach

1.1.2 Bisherige / bestehende Einleitungsverhältnisse

Mit Bescheid des Landratsamtes Passau vom 31.10.2002, Az. 641/12-5200101, zuletzt geändert mit Bescheid vom 30.12.20104, Az. 6414.2-52002 wurde eine gehobene Erlaubnis zur Benutzung des namenlosen Wiesengrabens zum Dettenbach durch Einleiten von gesammeltem Oberflächenwasser aus dem WA Eichenfeld, WA Preming Nord-Ost und dem EDEKA-Markt sowie der nordwestl. Erweiterungsfläche erteilt, die am 31.12.2022 endete.

1.1.3 Örtliche Verhältnisse

1.1.3.1 Bestand und Planung

Anfallendes Oberflächen- und Niederschlagswasser aus dem Bereich „WA Eichenfeld“, „WA Preming Nord-Ost“, „EDEKA-Markt“ sowie „Nordwestliche Erweiterung“ wird in einem Regenrückhaltebecken zwischengespeichert und soll gedrosselt in einen namenlosen Graben zum Dettenbach eingeleitet werden. Das Einzugsgebiet umfasste bisher 3,36 ha.

Der Markt Tittling plant die Erschließung des Baugebietes „WA Preming-Waldweg“. Das anfallende Oberflächen- und Niederschlagswasser aus dem geplanten Baugebiet soll ebenfalls in das bestehenden Regenrückhaltebecken eingeleitet werden.

Das anfallende Schmutzwasser soll über die neugeplante bzw. vorhandene Schmutz- und Mischwasserkanalisation zur Kläranlage Tittling abgeleitet werden. Die Erlaubnis der bestehenden Einleitung ist abgelaufen.

1.1.3.2 Angaben zu den benutzten Gewässer

Benutzungsanlage/Einleitstelle	E1 Eichenfeld
Benutztes Gewässer	Namenloser Graben zum Dettenbach
Gewässerordnung	III.
Gewässerfolge	Dettenbach – Ilz - Donau
Einzugsgebiet A_{EO} (km ²)	0,51
Mittlerer Niedrigwasserabfluss MNQ (l/s)	2
Mittelwasserabfluss MQ (l/s)	8
1-jährlicher Hochwasserabfluss HQ_1 (m ³ /s)	0,3

1.1.3.3 Angaben zum Wasserkörper

Die beantragte Einleitung in den namenlosen Graben zum Dettenbach mündet in den Oberflächenwasserkörper 1_F629 Nebengewässer der Ilz.

Aufgrund der geringen Relevanz der Niederschlagswassereinleitungen, die offensichtlich keine Auswirkungen auf den Oberflächenwasserkörper und Grundwasserkörper haben können, wurde auf die Zusammenstellung der Angaben zum Zustand der Wasserkörper verzichtet.

1.1.3.4 Angaben zu den Einzugsflächen

Folgende Einzugsflächen liegen der hydraulischen Berechnung zugrunde:

Teilfläche A1 „WA Eichenfeld“	$A_{E,k}$ in ha	Ψ_m	$A_{u,i}$ in ha
Öffentliche Straßen und Wege (Asphalt)	0,399	0,90	0,359
Dachflächen Bestand (Ziegel, Metall)	0,439	0,90	0,395
Dachflächen Baulücke (Ziegel, Metall)	0,016	0,90	0,014
Versiegelte Privatflächen (Asphalt)	0,069	0,90	0,062
Versiegelte Privatflächen (Pflaster)	0,103	0,75	0,077
Gesamtflächen:	1,026		0,907
Teilfläche A2 „WA Preming Nord-Ost“	$A_{E,k}$ in ha	Ψ_m	$A_{u,i}$ in ha
Öffentliche Straßen und Wege (Asphalt)	0,479	0,90	0,431
Öffentliche Straßen und Wege (lockerer Kiesbelag)	0,021	0,30	0,006
Dachflächen Bestand (Ziegel, Metall)	0,386	0,90	0,347
Versiegelte Privatflächen (Asphalt)	0,108	0,90	0,097
Versiegelte Privatflächen (Pflaster)	0,162	0,75	0,122
Gesamtflächen:	1,156		1,003
Teilfläche A3 „EDEKA-Markt“	$A_{E,k}$ in ha	Ψ_m	$A_{u,i}$ in ha
Dachflächen Bestand (Ziegel, Metall)	0,266	0,90	0,239
Versiegelte Privatflächen (Asphalt)	0,167	0,90	0,150
Versiegelte Privatflächen (Pflaster)	0,111	0,75	0,083
Gesamtflächen:	0,544		0,472

Teilfläche A4 „Nordwestliche Erweiterung“	A _{E,k} in ha	Ψ _m	A _{u,i} in ha
Dachflächen Bestand (Ziegel, Metall)	0,143	0,90	0,129
Dachflächen Baulücken (Ziegel, Metall)	0,143	0,90	0,129
Versiegelte Privatflächen Bestand (Asphalt)	0,192	0,90	0,173
Versiegelte Privatflächen Baulücken (Asphalt)	0,192	0,90	0,173
Versiegelte Privatflächen Bestand (Pflaster)	0,038	0,75	0,029
Versiegelte Privatflächen Baulücken (Pflaster)	0,038	0,75	0,029
Gesamtflächen:	0,746		0,662
Teilfläche A5 „WA Preming-Waldweg“	A _{E,k} in ha	Ψ _m	A _{u,i} in ha
Dachflächen Gebäude und Garagen (Ziegel, Metall)	0,087	0,90	0,078
Stellplätze (Pflaster)	0,023	0,75	0,017
Zufahrten, Zuwegung (Asphalt)	0,042	0,90	0,038
Gesamtflächen:	0,152		0,133
Teilfläche A6 „Regenrückhalteweiler“	A _{E,k} in ha	Ψ _m	A _{u,i} in ha
Grünflächen um Regenrückhalteweiler (Wiese)	0,147	0,10	0,015
Gesamtflächen:	0,147		0,015
Summe Teilflächen A1 – A6	A _{E,k} in ha	Ψ _m	A _{u,i} in ha
Gesamtflächen RRB:	3,77		3,19

1.2 Ablauf des wasserrechtlichen Verfahrens

1.2.1 **Antrag/Planunterlagen**

Der Prüfung liegen die Unterlagen und Pläne vom 22.05.2025, gefertigt vom Ingenieurbüro Pichlmeier, Venusberg 9, 94481 Grafenau, zugrunde.

Mit dem Vorhaben verbundene wasserrechtliche Gestattungen:

Einleitungserlaubnis für

- Einleiten von Niederschlagswasser aus dem WA Eichenfeld, WA Preming-Nord-Ost, EDEKA-Markt, nordwestliche Erweiterungsfläche und WA Preming-Waldweg über ein Regenrückhaltebecken in einen namenlosen Graben zum Dettenbach

-

1.2.2 **Bekanntmachung, Auslegung**

Das Vorhaben wurde gem. Art. 73 Abs. 3 des Bayer. Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG) i.V.m. Art. 69 BayWG in der Gemeinde Tittling in der Zeit vom 06.10.2025 bis 05.11.2025 zur Einsichtnahme ausgelegt. Die Antragsunterlagen waren zudem auf der Internetseite des Landkreises Passau zugänglich.

Nicht ortsansässige Betroffene wurden, soweit vorhanden, gem. Art. 73 Abs. 5 BayVwVfG von der Auslegung durch Übersendung des Bekanntmachungstextes in Kenntnis gesetzt. Einwendungen konnten bis 19.11.2025 erhoben werden.

1.2.3 Einwendungen Beteiligter

Innerhalb der Einwendungsfrist gingen keine Einwendungen ein.

1.2.4 Gutachten amtlicher Sachverständiger, weiterer Gutachter und Stellungnahmen sonstiger Fachstellen;

Die Gutachten/Stellungnahmen des

a) Wasserwirtschaftsamtes Deggendorf (amtl. Sachverständiger) vom 03.03.2026, Az.: 4.3- 4536.1-PA-152-6020/2026

b) Fachreferenten für Naturschutz und Landschaftspflege vom 10.02.2026

wurden der Entscheidung zugrunde gelegt.

1.2.5 Erörterungstermin

Ein Erörterungstermin fand nicht statt, da keine Einwendungen erhoben wurden und alle Beteiligten darauf verzichtet haben (Art. 67 Abs. 2 des Bayer. Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG))

1.3 Anforderungen

1.3.1 Allgemeine Anforderungen

Niederschlagswasser soll ortsnah versickert werden oder direkt über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen. (§ 57 Abs. 2 WHG)

Die Versiegelung von Flächen infolge einer Bebauung stellt einen Eingriff in den natürlichen Wasserhaushalt dar. Verdunstung und Grundwasserneubildung werden reduziert, der Oberflächenabfluss erhöht. Beide Entwicklungen widersprechen den wasserwirtschaftlichen Zielvorstellungen und den wasserrechtlichen Anforderungen.

Der natürliche Wasserhaushalt sollte möglichst erhalten bleiben. Hierzu sind die Siedlungsflächen vorzugsweise durchlässig zu gestalten. Gesammeltes Niederschlagswasser sollte in den meisten Fällen erst nach Rückhaltung und Versickerung – vorzugsweise flächenhaft über bewachsenen Oberboden – im Trennsystem abgeleitet werden. Die Einleitung von gesammeltem Niederschlagswasser in ein Oberflächengewässer und das Grundwasser muss mit den Anforderungen an die Gewässereigenschaft vereinbar sein und erfordert eine Überprüfung hinsichtlich der qualitativen und quantitativen Beschaffenheit des einzuleitenden Niederschlagswassers und der Aufnahmefähigkeit des Gewässers bzw. des Untergrundes.

Die Abwasseranlagen dürfen gemäß § 60 Abs. 1 WHG nur nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik errichtet, betrieben und unterhalten werden.

1.3.2 Anforderungen an die Niederschlagswassereinleitung

Das Gewässer muss hinsichtlich Qualität und Quantität in der Lage sein, die Einleitung dauerhaft aufnehmen zu können.

- Maßstab für die stoffliche Emissionsbetrachtung ist insbesondere das Arbeitsblatt DWA-A 102 Teil 2.
- Maßstab für die Bewertung der regelmäßigen Einleitmenge (Drosselabfluss) ist insbesondere das DWA-Merkblatt M 153.
- Zur Bemessung des benötigten Retentionsvolumens wird das DWA-Arbeitsblatt A117 herangezogen.
- Für die Wahl der Bemessungshäufigkeit und ggf. weitergehender Anforderungen ist das Schutzbedürfnis des Gewässers zu Berücksichtigen.

1.3.3 Umfang der Prüfung

Die Antragsunterlagen wurden im Hinblick auf die wasserrechtlichen Anforderungen geprüft.

Die Prüfung stellt keine bautechnische Entwurfsprüfung dar.

Die Belange des Arbeitsschutzes und die Standsicherheit wurden nicht geprüft.

Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind mit diesem Gutachten nicht erfasst.

Die Prüfung umfasst nicht die Anforderungen anderer öffentlich-rechtlicher Vorschriften wie z.B. Abfallrecht, Fischereirecht, Naturschutzrecht, Immissionsschutzrecht usw. Die Prüfung erstreckt sich nicht auf privatrechtliche Belange. Diese bleiben einer privatrechtlichen Vereinbarung zwischen dem Grundeigentümer und dem Betreiber vorbehalten.

Die Antragsunterlagen wurden geprüft im Hinblick auf die

- Gewässerbenutzung gemäß § 9 WHG

Die Begutachtung erstreckt sich ausschließlich auf die Einleitung von Oberflächenwasser und Niederschlagswasser aus den genannten Einzugsflächen in einen namenlosen Graben zum Dettenbach, Gew. III. Ordnung.

1.4 Ergebnis der Prüfung

1.4.1 Qualitative Gewässerbeurteilung

Ist der Regenabfluss aus der Summe der Einleitungen eines Siedlungsgebietes stärker belastet, als dem Schutzbedürfnis des aufnehmenden Gewässers angemessen ist, so muss er vor der Einleitung ausreichend gereinigt werden.

Nach dem Arbeitsblatt DWA-A 102 Teil 2 erfolgt die Bewertung der Verschmutzung von Niederschlagswasser und gegebenenfalls des Umfangs notwendiger Behandlungsmaßnahmen vor der Einleitung auf der Grundlage allgemeiner Kenntnisse zum Stoffaufkommen unterschiedlicher Herkunftsflächen. Niederschlagswasser der Kategorien II und III ist bei Einleitung in Oberflächengewässer grundsätzlich behandlungsbedürftig. Hof- und Verkehrsflächen außerhalb von Wohngebieten mit geringem Kfz-Verkehr sind mind. der Kategorie II zugeordnet.

Für die Einleitung ist nach der Arbeitsblattreihe DWA-A 102 eine qualitative Regenwasserbehandlung erforderlich, da sie Flächen der Belastungskategorie III beinhaltet.

Die Verkehrs- und Parkflächen der Teilfläche A3 „EDEKA-Markt“ sind der Belastungskategorie III zuzuordnen. Die Teilflächen A1, A2, A4, A5 und A6 können der Belastungskategorie I zugeordnet werden. Das Niederschlagswasser aus dem Bereich der Dachflächen kann der Belastungskategorie I zugeordnet werden.

Die geplante Regenwasserbehandlung (SediPipe 800/16, Fa. Fränkische Rohrwerke) gewährleistet nach dem Arbeitsblatt DWA-A 102 eine ausreichende Niederschlagswasserbehandlung.

1.4.2 Hydraulische Gewässerbelastung

Der rasche Regenwasserabfluss von befestigten, verdichteten oder gesättigten Oberflächen kann die Hochwasserspitzen in Oberflächengewässern vergrößern. Ein Überlagern der Hochwasserspitzen der Gewässer mit den Abflussspitzen aus der Abwasseranlage ist auf Grund der unterschiedlichen Fließzeiten jedoch selten.

Nach dem Emissionsprinzip ist bei Überschreiten der quantitativen Bagatellgrenze (M 153, Kapitel 6.1) an jeder einzelnen Einleitungsstelle die Regenabflussspende von den undurchlässigen Flächen je nach Typ des Vorflutgewässers zu begrenzen. Außerdem soll ein Maximalabfluss, der etwa dem drei- bis siebenfachen des Mittelwasserabflusses entspricht, weder an einer Einzeleinleitungsstelle noch als Summe von mehreren Einzeleinleitungen wesentlich überschritten werden. Der einjährige Hochwasserabfluss sollte aber auch bei leistungsfähigen Gewässern mit stabiler Sohle nicht überschritten werden.

Das anfallende Oberflächen- und Niederschlagswasser aus dem Bereich der Teilflächen A1 bis A6 wird in einem Regenrückhaltebecken (Erdbecken) zwischengespeichert und gedrosselt in einen namenlosen Graben zum Dettenbach eingeleitet werden. Das bestehende Rückhaltevolumen soll durch Auflösen des Dauerstaus von ca. 787 m³ auf ca. 1612 m³ vergrößert werden.

Der bisherige Maximalabfluss gemäß Bescheid des Landratsamtes Passau vom 31.10.2002, Az. 641/12-5200101, zuletzt geändert mit Bescheid vom 30.12.20104, Az. 6414.2-52002 beträgt 16 l/s und soll beibehalten werden. Der gewählte (vorhandene) Drosselabfluss von 16 l/s entspricht dem maximalen Drosselabfluss nach dem Immissionsprinzip bei einem Einleitungswert $e_w = 2$.

Bei der Bemessung der Rückhalteanlage nach dem Arbeitsblatt DWA-A 117 errechnet sich ein erforderliches Speichervolumen von rd. 1316 m³, wenn ein mittlerer Drosselabfluss von 8 l/s und eine undurchlässige Fläche von 3,20 ha bei einer Überschreitungshäufigkeit von $n = 0,5$, dies entspricht der allgemein bei vergleichbaren Gewässerbenutzungen geübten Praxis, zugrunde gelegt wird. Das geplanten Rückhaltevolumen von 1612 m³ ist somit ausreichend.

Der Bemessungsregen wurde aus dem KOSTRA-DWD-2020 Rasterfeld 189193 entnommen.

1.4.3 Zusammenfassung der Gestattungsfähigkeit aus wasserwirtschaftlicher Sicht

Die Prüfung hat ergeben, dass die im Gutachten genannten Inhalts- und Nebenbestimmungen erforderlich sind. Werden diese berücksichtigt, ist die beantragte Gewässerbenutzung aus wasserwirtschaftlicher Sicht gestattungsfähig.

Menge und Schädlichkeit des Abwassers werden dem Stand der Technik gemäß § 57 WHG entsprechend geringgehalten. Die Einleitungen sind mit den Anforderungen an die Gewässereigenschaften vereinbar.

Die Anforderungen an Errichtung, Betrieb und Unterhaltung der Abwasseranlagen gemäß den allgemein anerkannten Regeln der Technik werden eingehalten (§ 60 Abs. 1

WHG). Die Prüfung ergab im Übrigen keine Notwendigkeit von wesentlichen Änderungen oder Ergänzungen bei der Bemessung und Konstruktion der Abwasseranlagen. Mit den gewählten technischen Ansätzen für die Behandlung des Niederschlagswassers besteht Einverständnis.

Die Einwirkungen auf das Gewässer durch die Niederschlagswassereinleitungen können durch die Inhalts- und Nebenbestimmungen so begrenzt werden, dass keine schädlichen Gewässerveränderungen zu erwarten sind (§ 12 Abs. 1 Nr. 1 WHG).

Die Grundsätze gemäß § 6 WHG werden beachtet. Eine Beeinträchtigung des Wohles der Allgemeinheit ist bei planmäßiger Errichtung und ordnungsgemäßigem Betrieb nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik und unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Inhalts- und Nebenbestimmungen (Prüfbemerkungen) nicht zu erwarten.

Die Bewirtschaftungsziele gemäß § 27 WHG sind durch die beantragte Einleitung nicht beeinträchtigt. Die beantragte Einleitung steht dem Ziel des guten ökologischen Zustands und des guten chemischen Zustands nicht entgegen. Eine Verschlechterung des ökologischen oder chemischen Zustands des Oberflächengewässers ist durch die Einleitung nicht zu erwarten.

2. RECHTLICHE WÜRDIGUNG

2.1 Zuständigkeit, Rechtsgrundlagen

Die örtliche und sachliche Zuständigkeit des Landratsamtes Passau ergibt sich aus § 8 WHG und Art. 63 BayWG, Art. 11 BayAbwAG und Art. 3 des Bayer. Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG).

2.2 Benutzung, Gestattungspflicht, Gestattungsform, Rechtsnachfolge, Umfang der erlaubten Benutzung

2.2.1 Benutzung, Gestattungspflicht, Gestattungsform

Das Einleiten von Abwässern in ein oberirdisches Gewässer ist eine Benutzung im Sinne des § 9 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG). Die Benutzung bedarf gemäß § 8 WHG der behördlichen Erlaubnis.

Da es sich um eine Benutzung im öffentlichen Interesse handelt, konnte als Form der Gestattung eine gehobene Erlaubnis gem. § 15 WHG erteilt werden.

Für die gehobene Erlaubnis nach § 15 WHG ist gemäß Art. 69 BayWG ein förmliches Verfahren unter Anwendung der Vorschriften des Fünften Teils Abschnitte Ia und II des BayVwVfG vorgeschrieben. Die Mindestanforderungen i.S.d. § 57 WHG ergeben sich aus der Abwasserverordnung.

2.2.2 Rechtsnachfolge

Die Erlaubnis geht gemäß § 8 Abs. 4 WHG mit der Wasserbenutzungsanlage auf den Rechtsnachfolger über.

2.2.3 Umfang der erlaubten Benutzung

Art, Umfang und Zweck der erlaubten Benutzung waren gemäß Art. 39 Abs. 1 BayVwVfG i. V. m. § 13 WHG im Bescheid festzulegen. Die Festsetzungen stützen sich auf § 13 WHG und das Gutachten des amtlichen Sachverständigen.

2.4 Gestattungsfähigkeit

2.4.1 Gestattungsfähigkeit der beantragten Gewässerbenutzungen (gehobene

Erlaubnis)

Die Gestattungsfähigkeit ist vorliegend gegeben, da keine zwingenden Versagensgründe gemäß § 15 i.V.m. § 12 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 WHG vorliegen, die Vorgaben der Anforderungen an Abwasseranlagen und Einleitungen im Rahmen der Oberflächenentwässerung gemäß §§ 57, 60 WHG werden im Rahmen der im Bescheid festgeschriebenen Inhalts- und Nebenbestimmungen beachtet.

Gem. § 55 Abs. 1 WHG ist Abwasser so zu beseitigen, dass das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird und die Einwirkungen auf die Gewässer so gering gehalten wird, wie dies bei Einhaltung der jeweils in Betracht kommenden Verfahren nach dem Stand der Technik möglich ist.

Die Prüfung hat ergeben, dass die beantragten Einleitungen den Anforderungen nach § 57 und § 60 WHG entsprechen.

Die Prüfung ergab im Übrigen keine Notwendigkeit von Änderungen oder Ergänzungen bei der Bemessung und Konstruktion der Regenwasserkanalisation einschließlich zugehöriger Sonderbauwerke. Mit den gewählten technischen Grundsätzen für die Sammlung, Ableitung und Behandlung des Abwassers besteht im Wesentlichen Einverständnis.

Die Anforderungen an Errichtung, Betrieb und Unterhaltung der Abwasseranlagen gemäß den allgemein anerkannten Regeln der Technik werden eingehalten (§ 60 Abs. 1 WHG).

Die Einwirkungen auf das Gewässer durch die Abwassereinleitung können durch die Inhalts- und Nebenbestimmungen so begrenzt werden, dass keine schädlichen Gewässerveränderungen zu erwarten sind (§ 12 Abs. 1 Nr. 1 WHG).

Die Grundsätze gemäß § 6 WHG werden beachtet. Eine Beeinträchtigung des Wohles der Allgemeinheit ist bei plangemäßer Errichtung und ordnungsgemäßigem Betrieb nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik und unter Berücksichtigung der Inhalts- und Nebenbestimmungen nicht zu erwarten.

Die Bewirtschaftungsziele gemäß § 27 WHG sind durch die beantragte Einleitung nicht beeinträchtigt. Die beantragte Einleitung steht dem Ziel des guten ökologischen Zustands und des guten chemischen Zustands nicht entgegen. Eine Verschlechterung des ökologischen oder chemischen Zustands des betroffenen Oberflächengewässerkörpers ist durch die Einleitung nicht zu erwarten.

Desweiteren hat die Anhörung der Fachstellen und Träger öffentlicher Belange ergeben, dass andere öffentlich-rechtliche Vorschriften eingehalten sind (§ 12 Abs. 1 Nr. 2 WHG).

2.4.2 Die Entscheidung wurde in Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens getroffen (§ 12 Abs. 2 WHG). Insbesondere sind sowohl die Entscheidung als auch die auferlegten Inhalts- und Nebenbestimmungen im Sinne der gesetzlichen Vorgaben geeignet, erforderlich und angemessen.

Das Landratsamt Passau ist bei der Ausübung seines Bewirtschaftungsermessens von nachfolgenden Ermessensgesichtspunkten ausgegangen (vgl. Art. 39 Abs. 1 Satz 3 BayVwVfG):

Die gehobene Erlaubnis ist geeignet und objektiv erforderlich, um für den Betreiber entsprechende Rechtssicherheit zu schaffen. Der Betreiber ist nach § 56 WHG i. V. m. Art. 34 BayWG zur Abwasserbeseitigung verpflichtet. Die Erteilung der Erlaubnis liegt

deshalb im öffentlichen Interesse (Erfüllung öffentlicher Pflichten der Daseinsvorsorge).

Durch die geplante Gewässerbenutzung sind bei Berücksichtigung der Inhalts- und Nebenbestimmungen auch keine nachteiligen Auswirkungen auf die Rechte Dritter zu erwarten. Auch wurden keine Einwendungen erhoben oder im Zuge des Beteiligungsverfahrens vorgebracht, die Rechte Dritter betreffen (§ 14 Abs. 3 und Abs. 4 WHG).

2.4.3 Anhörung anderer Fachstellen

LRA PA-Naturschutzbehörde (Stellungnahme vom 10.02.2026)

Durch die geplante Einleitung von Oberflächenwasser gelangt feines Abfallmaterial mit dem Regenwasser in das Gewässer, das sich je nach Umfang wie folgt negativ auf die Lebensgemeinschaften im Gewässer auswirken:

1. Die Veränderung des Abflussverhaltens durch die zusätzliche punktuelle Einleitung bedeutet einen erheblichen und nachhaltigen Eingriff in die an die natürlichen Abflussverhältnisse angepasste Pflanzen- und Tierwelt. Dabei wird der Umfang der Beeinträchtigungen durch den verstärkten Wasserabfluss, der Periodizität des Wasserabflusses, der Gewässergüte sowie durch Beschaffenheit und die Lage der Einleitungstrecke bestimmt.
2. Eine anhaltende Gewässertrübung verändert die Lichtverhältnisse im Gewässer. Durch die Trübung wird die Menge und Artenvielfalt der Kleinlebewesen im Gewässer negativ beeinflusst. Durch die Reduzierung der Fischnährtiere wird die Fischfauna beeinträchtigt.
3. Bei vermehrtem Feststoffeintrag sind oft unterhalb der Einleitungsstelle Entlandungsmaßnahmen erforderlich. Entlandungsmaßnahmen beeinflussen das Gewässerbett über einen längeren Zeitraum negativ.

Im Vorliegenden Fall besteht bereits eine Einleitung, sowie ein Regenrückhaltebecken. Laut Antrag ist die Auflösung des Dauerstaus des bestehenden Regenrückhaltebeckens durch Absenkung des Abflusses geplant. Es kann zum aktuellen Zeitpunkt nicht ausgeschlossen werden, dass es sich bei dem Becken bzw. bei Teilflächen um für Amphibien geeignete Laichgewässer handelt. Die Tötung besonders sowie streng geschützter Arten, sowie die Zerstörung bzw. erhebliche Beeinträchtigung ihrer Laichgewässer ist gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG verboten. Aus diesem Grunde wurde durch Stellungnahme vom 20.11.2025 eine Darlegung gefordert, wie der Markt Tittling denkt, mit den zu erwartenden Artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG umzugehen bzw. diese zu vermeiden. Im Zuge dessen fand am 01.01.2025 eine Ortseinsicht mit Vertretern der Gemeinde am bestehenden Regenrückhaltebecken statt, bei der Artenschutzrechtliche Betroffenheiten diskutiert wurden.

Infolge der Ortseinsicht hat sich folgender Sachverhalt ergeben:

- Die Umsetzung der Baumaßnahmen wird von Seiten der Gemeinde ein früherer Zeitpunkt bevorzugt, der ggf. in die Amphibienlaichzeit fallen könnte.
- Zum aktuellen Zeitpunkt lässt sich jedoch nach wie vor das Vorkommen und insbesondere die Nutzung als Laichgewässer und Überwinterungshabitat durch besonders geschützte Amphibien nicht mit ausreichender Sicherheit ausschließen.
- Aufgrund des bei niedrigem Wasserstand zu erkennenden Reliefs und der Grabenstruktur zwischen Zufluss und Abfluss scheint eine Laichgewässernutzung

jedoch weniger wahrscheinlich. Eine sichere Aussage, ob zur Laichzeit geeignete Laichgewässer vorhanden wären, lässt sich jedoch nur während der Laichzeit treffen, da mehrere Amphibienarten z.T. sehr flache, besonnte Gewässer zur Fortpflanzung nutzen.

- Zur Beurteilung, ob geeignete Laichgewässer bestehen, übersendet der Markt Tittling der unteren Naturschutzbehörde Fotos des Regenrückhaltebeckens während der Laichzeit. Relevant ist hier vor allem der Zustand infolge von Regenerereignissen. Hierfür wird ein Fotobeweis Ende März als zielführend angesehen, da dieser Zeitpunkt in der Mitte der Laichzeiten liegt.
- Wenn zu diesem Zeitpunkt keine geeigneten Gewässer vorhanden sind, kann davon ausgegangen werden, dass der Laich auch ohne Baumaßnahme das adulte Stadium nicht erreichen würde.
- Sollten zur Laichzeit keine geeigneten Laichgewässer im Regenrückhaltbecken zur Verfügung stehen, können die Baumaßnahmen auch während der Laichzeit erfolgen.

Naturschutzfachlich kann den beantragten Einleitungen deshalb bei Berücksichtigung der vorgeschlagenen Auflagen zugestimmt werden.

2.5

Begründung zur Dauer der Erlaubnis

Nach Art. 36 Abs. 2 BayVwVfG kann die Dauer der Erlaubnis im Bescheid befristet werden. Die Befristung wird auf § 13 WHG und auf das Gutachten des amtlichen Sachverständigen gestützt. Abgesehen davon kann die Erlaubnis gemäß § 18 Abs. 1 WHG jederzeit widerrufen werden.

Die Befristung der Erlaubnis bis zum 31.12.2045 entspricht dem im Rahmen der allgemein bei vergleichbaren Gewässerbenutzungen geübten Praxis und ist geboten, da die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse nicht für alle Zeit absehbar sind und um die Anpassung von wasserrechtlichen Zulassungen an den jeweiligen Stand der Technik zu gewährleisten (§ 100 Abs. 2 WHG) sowie die Überwachung zu erleichtern.

Damit wird den wirtschaftlichen Interessen und dem Vertrauensschutz des Betreibers ebenso Rechnung getragen wie den in stetem Wandel unterliegenden Anforderungen im Gewässer- bzw. Umweltschutz.

2.6

Begründung der Bedingungen und Auflagen

Nach § 13 WHG kann die Erlaubnis, auch nachträglich, unter Festsetzung von Inhalts- und Nebenbestimmungen erteilt werden, um nachteilige Wirkungen für andere zu vermeiden oder auszugleichen.

Insbesondere können Anforderungen an die Beschaffenheit der einzuleitenden Stoffe gestellt werden und Maßnahmen angeordnet werden, die zum Ausgleich einer auf die Benutzung zurückzuführenden nachteiligen Veränderung der Gewässereigenschaft erforderlich sind.

Die festgesetzten Bedingungen und Auflagen waren erforderlich, um nachteilige Wirkungen der erlaubten Gewässerbenutzung weitgehend auszuschließen, um eine ordnungsgemäße Bauausführung und Unterhaltung sowie einen ordnungsgemäßen Betrieb der Anlagen zu gewährleisten, und um die Rechte Dritter zu schützen.

Die Bedingungen und Auflagen waren, soweit veranlasst, in den Bescheid aufzunehmen.

Im Einzelnen:

2.6.1 Begrenzung des Benutzungsumfangs und Anforderungen an das Einleiten

Um die Menge und Schädlichkeit des gereinigten Abwassers zu begrenzen und um einen sicheren und dauerhaften Betrieb der Abwasseranlage entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik sicherzustellen, wurden in den Inhalts- und Nebenbestimmungen der maximal zulässige Abfluss ins Gewässer begrenzt und die einzuhaltenden Drosselabflüsse der Rückhaltungsanlage festgehalten.

Ohne qualitative Abwasserbehandlung, darf nur gering belastetes Niederschlagswasser (Belastungskategorie I gemäß DWA-A 102-2, Tabelle A1) in die Regenwasserkanalisation eingeleitet werden. Regenwasser von stärker verschmutzten Flächen bedarf der vorherigen Behandlung nach den jeweils gültigen technischen Richtlinien.

Der Regenabfluss von unbeschichteten kupfer-, zink- und bleigedeckten Dachflächen kann hohe Metallkonzentrationen aufweisen. Regenwasser von unbeschichteten Flächen mit einer Kupfer-, Zink- oder Bleiblechfläche über 50 m² ist deshalb in Anlagen, die der Bauart nach zugelassen sind, vorzureinigen.

2.6.2 Bauausführung

Die diesbezüglichen Inhalts- und Nebenbestimmungen sind notwendig, um den Bau und sicheren und dauerhaften Betrieb der Abwasseranlage entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik sicherzustellen.

2.6.3 Betrieb und Unterhaltung, Betriebsvorschrift, Eigenüberwachung

Die Auflagen sind erforderlich, um eine ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung sicherzustellen. Mit ihnen werden notwendige Anforderungen für die Überwachung, die regelmäßige Wartung sowie Maßnahmen für Bedingungen, die von den normalen Betriebsbedingungen abweichen, festgelegt.

2.6.4 Fischerei/Naturschutz

Die Auflagen stützen sich auf § 13 WHG und sind Ergebnisse der Stellungnahmen im Zuge der Fachstellenbeteiligung.

2.6.5 Unterhaltung

Die Unterhaltslast für das benutzte Gewässer obliegt dem Markt Tittling (Art. 22 BayWG).

Dem Betreiber als Gewässerbenutzer wird die ordnungsgemäße Unterhaltung der dem Auslaufbauwerk benachbarten Ufer übertragen (Art. 23 Abs. 3 BayWG).

2.6.6 Anzeigepflichten/Bauabnahme

Für eine ordnungsgemäße und sichere Bauausführung muss die Anlage bescheidsgemäß nach den geprüften Plänen, nach den geltenden Vorschriften und unter Beachtung der allgemein anerkannten Regeln der Technik ausgeführt werden.

Für die Überwachung und/oder die Prüfung, ob die Maßnahme bescheidsgemäß ausgeführt wird/wurde, ist das Anzeigen des Baubeginns und des Bauendes, sowie eine Bauabnahme erforderlich.

2.7 Vorbehalt

Die Erlaubnis unterliegt dem grundsätzlichen Widerrufsvorbehalt des § 18 Abs. 1 WHG. Um nachträglich Maßnahmen auferlegen zu können, die sich im öffentlichen Interesse als notwendig erweisen, war diesbezüglich ein ausdrücklicher Vorbehalt erforderlich.

3. BEGRÜNDUNG DER KOSTENENTSCHEIDUNG

Die Kostenentscheidung beruht auf Art. 1 und 2 des Kostengesetzes. Gebührenfreiheit nach Art. 4 KG für die Oberflächenwassereinleitung ist nicht gegeben, da der Markt Tittling als

Unternehmen, das der Abwasserentsorgung dient (Regiebetrieb als Einrichtung innerhalb der allgemeinen Verwaltung – vgl. Art. 88 Abs. 6 der Gemeindeordnung - GO) zu bewerten ist (Art. 4 Satz 2 KG). Die Höhe der Gebühr ergibt sich aus Art. 6 Abs. 1 Satz 1 KG in Verbindung mit der Tarifstelle Nr. 8.IV.0/1.1.6.2, 1.1.6.5, 1.24 sowie 3.1 des Kostenverzeichnisses.

Die Auslagen sind gemäß Art. 10 KG zu erstatten.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem

**Bayerischen Verwaltungsgericht Regensburg in
93047 Regensburg, Haidplatz 1
(Postfachanschrift: Postfach 110165, 93014 Regensburg)**

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

Die Erhebung einer Klage ist schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form möglich. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!

Ab 01.01.2022 muss der in § 55d VwGO genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.

Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Nähere Informationen zur Erhebung von Klagen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de).

HINWEISE

- Für die erlaubte Benutzung sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) und des Bayerischen Wassergesetzes (BayWG) mit den dazu ergangenen Verordnungen maßgebend. Die hiernach bestehenden Rechte, Verpflichtungen und Vorbehalte sind in den Erlaubnisbedingungen und -auflagen dieses Bescheides grundsätzlich nicht enthalten.
- Es ist darauf zu achten, dass die Belange des Arbeitsschutzes, insbesondere die „Sicherheitsregeln für Abwasserbehandlungsanlagen - Bau und Ausrüstung“ und die einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften eingehalten werden.
- Auf die Zweckmäßigkeit, für alle auf Privatgrundstücken verlegten Leitungen und Kanäle, für Zufahrten und Zugänge Grunddienstbarkeiten eintragen zu lassen, wird hingewiesen.
- Bei Anlagen oder Anlagenteilen, die nach der Fertigstellung nicht mehr einsehbar oder zugänglich und für die Funktion der Anlage von nicht unwesentlicher Bedeutung sind, ist die PSW so rechtzeitig zu beauftragen, dass durch die Durchführung einer Teilabnahme eine ordnungsgemäße Abnahme nach Art. 61 BayWG erreicht werden kann.
- Es wird empfohlen, das Betriebspersonal an der von der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall - DWA Landesgruppe Bayern - eingerichteten Klärwärterfortbildung in den Kanal- und Kläranlagen-Nachbarschaften teilnehmen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Reiss
Verw.Insp.

In Abdruck:

- | | |
|--|---|
| a) 1-fach mit 1 Satz Planunterlagen
Wasserwirtschaftsamt
Deggendorf
Detterstr. 20

94469 Deggendorf | zum Gutachten vom 03.03.2026, Az.: 4.3- 4536.1-PA-
152-6020/2026

mit der Bitte um Kenntnisnahme |
| b) - | - |
| c) <u>Per e-mail</u>

Sg. 51
UntNatsch-Behörde

im H a u s e | zum Schreiben vom vom 10.02.2026

mit der Bitte um Kenntnisnahme |
| d) Sachgebiet 53.0.03

im H a u s e | (Wasserbucheintrag/Wasserbuchakt) |